

Einwendungen zum Netzentwicklungsplan (NEP) 2035

- **Zu den wesentlichen Elementen** gehört die Abschaltung der konventionellen Kraftwerke bis 2035, obwohl die Planung als Zieljahr 2038 vorsieht und so diese Planung nicht mit den Planungen zum Strukturwandel im Kohleverstromungsausstieg abgestimmt ist
- Man geht in der Annahme vom deutlichen Zubau von Gas – KW aus, doch gegen diese Planung spricht die schleppende Planung und der zum Teil gestrichene Bau dieser Gaskraftwerke
- Außerdem gibt es parallel Planung die Gaslagerstätten in Sachsen-Anhalt zu Wasserstofflagern umzufunktionieren und so sehe ich auch einen Engpass in den notwendigen Lagerungen des Gases
- Der Plan die erneuerbare Energiegewinnung in den neuen Ländern weiter auszubauen, besonders die Windenergie (bisherige Plan 2,6-fache zu heute) ist aus meiner Sicht in den geplanten und genehmigten Flächen nicht mehr möglich, eine Erweiterung der Fläche wird auf erheblichen Widerstand der Bewohner stoßen, in Bayern sind die Abstandsregelungen so gestaltet, das es kaum Flächen für den Zubau geben wird

- **Zu den im NEP dargestellten starken innerdeutschen Erzeugungsgefälle** ist zu erkennen, dass gerade im Süden des Landes nicht nur genug EE erzeugt wird, in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin und Brandenburg hingegen sind die Flächen für Windenergie gut ausgelastet. Ein weiterer Ausbau dort ist kaum möglich, ohne neue Fläche zu erschließen. Diese Erweiterung wird kaum möglich sein und auf einen gewaltigen Widerstand in der Bevölkerung stoßen.
- Aus diesem Grund müsste anstelle des massiven Ausbaus der EE im Norden und den damit verbundenen Ausbau des DC und AC Netzes ein dezentraler Ausbau der EE im Süden Deutschlands erfolgen.

- Im Netzentwicklungsplan **dargestellten Handelsaustausch** zeigt, dass der in Nordosten zu viel erzeugte Strom auch zu großen Teilen nach Polen exportiert werden soll, dies zeigt, dass der geplante Anstieg der Stromerzeugung im Nordosten nicht benötigt wird.
- Noch mehr ist eine so starker Stromimport aus Frankreich abzulehnen, da in Frankreich der meiste Strom in Atomkraftwerken erzeugt wird. Dies setzt vor raus, dass in den Südwestdeutschen Ländern mehr Anstrengungen zur Herstellung EE erforderlich sind, was über eine dezentrale Energiegewinnung möglich ist. Dazu sollten die enormen Mittel zum Ausbau und der Verstärkung der AC und DC Netze besser dort investiert werden.
- Die geplante maximale Auslastung der Netze zeigt, dass eine Überlastung der Netze in der Osten Deutschlands nicht gegeben ist. Trotzdem wird im NES ein starker Ausbau gerade in diesem Bereich angestrebt.

Besonders möchte an dieser Stelle nochmals die Einwendung gegen den **SuedOstLink** vorbringen:

- In allen bisherigen Veranstaltungen haben vor allen die Baubetriebe auf die noch fehlenden Erfahrungen und offenen Problemen der schweren Böden im Süden hingewiesen. Die abschließenden Bodenuntersuchungen stehen noch aus, es wird aber vermutet, dass die schweren Böden durch leichte wasserdurchlässige und wärmeleitfähigere Böden ausgetauscht werden müssen. Das setzt nicht nur die Zustimmung der Eigentümer voraus, sondern werden die geplanten Kosten enorm in die Höhe treiben.
- Es gibt keine praktischen Erfahrungen beim Betrieb von Gleichstromleitungen mit 4 GW Leistungsübertragung, auch nicht zu Auswirkungen auf Temperatur der Umgebung, Auswirkungen auf die Beeinflussung mit parallel verlegten Freileitungen mit Wechselspannung. Viele Experten aus der Forschung und aus der Bauwirtschaft warnen, ohne praktische Erfahrungen und den Ergebnissen der laufenden Forschungen, diese Projekte zu forcieren bzw. die Projekte zu beginnen. Die entsprechenden Bodenuntersuchungen haben erst begonnen und mit Ergebnissen ist frühestens Ende 2021 zu rechnen.
- Des Weiteren werden in der Planung immer noch die Belange der Anwohner und Grundstückeigentümer ignoriert. Im Burgenlandkreis werden die Trassen der Gleichstromleitung keine 25 Meter neben Wohnbebauung vorbeigeführt, obwohl dort schon Hochspannungsfreileitungen vorhanden sind. Eine Betriebssicherheit kann nicht gewährleistet werden, wenn Bodenuntersuchungen bis 5-6 Meter Tiefe erfolgen, aber darunter sind Altbergbau der Kohleförderung sich befinden und optisch Verwerfungen und Einbrüche an der Oberfläche zu erkennen sind.

Die Kommunikation mit den Anwohnern, Bürgerinitiativen und öffentlichen Behörden ist seit vorigem Jahr praktisch null. Keiner erfährt, was aus Einwendungen wird, ob und wie sie bearbeitet bzw. eingearbeitet werden in die Planung. Es kann nicht sein, dass am Ende Bauanträge genehmigt werden von der Bundesnetzagentur und erst durch Klagen vor Gerichten dazu führen, dass Pläne geändert werden bzw. Projekte sich zeitlich verschieben oder sogar sterben. Diese Arbeitsweise, auch wenn sie zurzeit gesetzlich geduldet wird, ist weder zielführend noch wirtschaftlich.

Ich fordere Sie deshalb auf, auch und gerade in der jetzigen Zeit, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen in einen Dialog mit den Netzbetreibern, der Bundesnetzagentur und dem Wirtschaftsministerium. Da die Netzbetreiber aber noch nicht einmal die regionalen Ansprechpartner des Bürgerdialoges Stromnetz mit einladen, zeigt uns doch klar, dass Sie an einem echten Dialog nicht interessiert sind.